



25.404 Parlamentarische Initiative

Indirekter Gegenvorschlag zur Volkeinitiative «Ja zum Importverbot für Stopfleber (Stopfleber-Initiative)»

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung vom 3. November bis 7. Dezember 2025

Bern, 8. Januar 2026

1. Ausgangslage

Die Volksinitiative «Ja zum Importverbot für Stopfleber (Stopfleber-Initiative)» wurde am 28. Dezember 2023 mit 102 478 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie verlangt, ein Verbot für die Einfuhr von Stopfleber und Stopfleberprodukten in die Bundesverfassung aufzunehmen. Der Bundesrat beantragte den eidgenössischen Räten in seiner Botschaft vom 20. November 2024, die Volksinitiative Volk und Ständen ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Die WBK des Nationalrates (WBK-N) nahm die Beratung der Stopfleber-Initiative am 30. Januar 2025 gestützt auf die Botschaft des Bundesrates auf. Nach der Anhörung des Initiativkomitees und anderer Organisationen kam sie zum Schluss, dass es zweckmässig wäre, der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen, weshalb sie eine entsprechende parlamentarische Initiative (25.404) einreichte. Diese sieht vor, das Tierschutzgesetz vom 16. Dezember 2005¹ (TSchG) so zu ändern, dass der Bund zu beobachten hat, wie sich die Importe von Enten- und Gänsemagret, -stopfleber und -confit entwickeln, nachdem am 1. Juli 2025 für diese Produkte eine Deklarationspflicht eingeführt wurde. Geht die importierte Menge innert fünf Jahren nicht merklich zurück, so hat der Bund weitergehende importbeschränkende Massnahmen zu ergreifen (Art. 14a VE-TSchG). In diesem Zusammenhang sollen weitere Änderungen im TSchG vorgenommen werden, um insbesondere den Vollzug und die Strafverfolgung sicherzustellen (Art. 24 Abs. 1^{bis}, 27, 32 Abs. 5 VE-TSchG). Überdies sieht der indirekte Gegenvorschlag vor, die neu eingeführte Deklarationspflicht von einer lebensmittelrechtlichen Verordnung ins Lebensmittelgesetz vom 20. Juni 2014² (LMG) anzuheben (Art. 12a VE-LMG).

Im Rahmen der vorliegenden Vernehmlassung wurden neben den Kantonen die in der Bundesversammlung vertretenen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft und 36 weitere Organisationen und interessierte Kreise begrüsst. Die Kantone UR, AR und ZG, sowie der schweizerische Arbeitgeberverband und die Fédération romande des consommateurs FRC haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet. Abgesehen davon, sind insgesamt 62 Stellungnahmen eingegangen, davon 22 von Kantonen, 5 von politischen Parteien, 2 von gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und 33

¹ SR 455

² SR 817.0

von weiteren Organisationen und interessierten Kreisen. Die Stellungnahmen können eingesehen werden unter: www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > abgeschlossene Vernehmlassungen > 2025 > Parl. Der nachfolgende Bericht enthält eine Zusammenfassung der eingereichten Stellungnahmen. Zuerst werden die allgemeinen Bemerkungen zusammengefasst, gefolgt von den detaillierten Stellungnahmen zu den einzelnen Artikeln.

2. Allgemeine Bemerkungen

Bei den eingegangenen Stellungnahmen wurde die Wichtigkeit des Tierschutzes betont. Zur Ausgestaltung der Vorlage gab es aber sowohl zustimmende als auch ablehnende Stellungnahmen.

Zustimmend bzw. tendenziell zustimmend äusserten sich 12 Kantone (GE, FR, SO, JU, AI, TG, BL, VD, VS, TI, BS und SG), 3 Parteien (die Mitte, SP, und Grüne), der SGV sowie der VKMB. Weitere 22 Organisationen (Animal Rights, Anima, AKUT, Association Co&xister, KAGfreiland, Sentience Politics, TIR, Swissveg, ProNutztier, VIER PFOTEN, Zürcher Tierschutz, Slow Food CH, AAS, Association Laïka éthique élevage, Association HappyCultures, COA, LSCV, l'Observatoire du spécisme, STS, Stiftung für Tierschutz, Stop Gavage Suisse und Noix Gras GmbH) begrüßen grundsätzlich die Stossrichtung der Stopfleber-Initiative aber gleichzeitig auch die Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags.

Ablehnend bzw. tendenziell ablehnend äusserten sich 8 Kantone (NE, ZH, AG, NW, SH, GR, BE und OW), 2 Parteien (FDP und SVP) und 9 Organisationen (SFF, GastroSuisse, VSGL, Handel Schweiz, Hotellerie Suisse, GST, Swiss Retail Federation, SKS und Centre Patronal).

Für 7 Kantone (GE, FR, TG, JU, BE, VD und BL), den SGV und den VSGL ist der indirekte Gegenvorschlag, im Gegensatz zur Stopfleber-Initiative, mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz besser kompatibel und somit zu befürworten.

Für die Kantone ZH, AG und NW, die VKMB und die SKS ist ein Importverbot, wie es die Stopfleber-Initiative verlangt, viel nachvollziehbarer, da das Stopfen von Gänsen und Enten in der Schweiz verboten ist und ein Importverbot die einzige konsequente Massnahme im Sinne des Tierschutzes ist.

Für die Kantone JU, BE, VS und NE, die FDP, die SVP und den VSGL reicht die im Juli 2025 in Kraft getretene Deklarationspflicht für Stopfleber, Magret und Confit aus, damit die Konsumentinnen und Konsumenten einen bewussten Kaufentscheid tätigen können. Weitere Massnahmen sind für sie nicht erforderlich.

Der Kanton GR sieht grundsätzlich keinen Handlungsbedarf, da der Bundesrat schon heute über die Möglichkeit verfügt, die vorgeschlagenen Massnahmen vorzunehmen (Art. 14 TSchG). Eine rechtliche Anpassung des TSchG ist somit überflüssig. Die Kantone BE, NE und SH sehen ebenfalls keinen Handlungsbedarf.

Der Kanton FR und 2 Parteien (die Mitte und SP) finden die Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags gut, da dieser verhältnismässig ist und eine Abwägung zwischen der Gewährleistung des Tierwohls und den kulinarischen resp. kulturellen Traditionen erlaubt. Die SVP, der SGV und 4 weitere Organisationen (VSGL, Centre Patronal, SFF und GastroSuisse) sehen sowohl die Stopfleber-Initiative als auch den indirekten Gegenvorschlag als einen Angriff auf das kulturelle und kulinarische Erbe eines Teils der Schweizer Bevölkerung.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Minderheit (Wandfluh, Balmer, Freymond, Heimgartner, Huber, Hug, Riem, Rügsegger, Sauter, Vontobel) - Nichteintreten

Für das Nichteintreten gemäss Minderheit Wandfluh haben sich der Kanton OW, die FDP und die SVP, sowie zwei Organisationen (Handel Schweiz und Swiss Retail Federation) ausgesprochen. Als Grund wurde insbesondere die erst kürzlich eingeführte Deklarationspflicht von Stopfleber, Magret und Confit vorgebracht, deren Wirkung erst abgewartet werden soll, bevor weitere Verschärfungen zu prüfen sind.

Ziffer I

Art. 14a VE-TSchG

4 Kantone (LU, VD, TI und BL) und 2 Organisationen (VSKT und Association Laïka éthique élevage) fordern, die Definitionen von Stopfleber, Magret und Confit in einen Anhang oder eine technische Weisung aufzunehmen, um eine einheitliche Auslegung durch den Vollzug sicherzustellen.

Der SGV sowie 6 Organisationen (Hotellerie Suisse, Swiss Retail Federation, SFF, GastroSuisse, Handel Schweiz und AAS) finden die Beschränkung auf gewerbsmässige Importe, während private Einfuhren unberücksichtigt bleiben, unverhältnismässig. AAS fordert, dass sowohl gewerbsmässige wie auch private Einfuhren beim Zoll angemeldet werden sollen.

Der Kanton NE, 2 Parteien (FDP und SVP), 2 schweizerische Dachorganisationen (SBV und SGV), wie auch 6 weitere Organisationen (VSGL, Hotellerie Suisse, Handel Schweiz, Swiss Retail Federation, SFF und GastroSuisse) befürchten zudem, dass durch die ausschliessliche Berücksichtigung der gewerbsmässigen Einfuhren der Einkaufstourismus gefördert wird.

7 Kantone (FR, SH, LU, BE, VD, TI und BL) sowie die VSKT fordern, dass im Artikel 14a VE-TSchG präzisiert wird, dass die kantonalen Laboratorien und nicht die kantonalen Veterinärdienste für den Vollzug bezüglich Deklarationspflicht zuständig sind.

4 Kantone (TG, GL, VS und TI) fordern, dass die notwendigen Ressourcen für die Umsetzung der Bestimmungen zur Verfügung gestellt werden, da sie auf kantonomer Ebene von einem Mehraufwand ausgehen. Die Kantone GL und GR wünschen zudem eine Prüfung einer zweckgebundenen Abgabe auf Einfuhren von Stopfleber, Magret und Confit, um die anfallenden Kosten für den Vollzug nach dem Verursacherprinzip zu decken.

24 Organisationen (GST, SKS, Animal Rights, Animaë, AKUT, Association Co&xister, KAGfreiland, Sentience Politics, TIR, Swissveg, ProNutztier, VIER PFOTEN, Zürcher Tierschutz, Slow Food CH, AAS, Association Laïka éthique élevage, Association HappyCultures, COA, LSCV, l'Observatoire du spécisme, STS, Stiftung für Tierschutz, Stop Gavage Suisse und Noix Gras GmbH) begrünnen die Einführung eines Monitorings der gewerbsmässigen Einfuhren von Stopfleber, Magret und Confit. Sie fordern aber eine jährliche Berichterstattung durch die zuständigen Departemente an den Bundesrat, statt der vorgesehenen Berichterstattung alle 5 Jahre.

4 Kantone (BL, GL, VD und SG), der SGV sowie 2 weitere Organisationen (GST und Zürcher Tierschutz) würden klarere Zielvorgaben in Bezug auf die erwartete Reduktion der Importe begrünnen. Der Kanton NE wie auch 24 Organisationen (GST, SKS, Animal Rights, Animaë, AKUT, Association Co&xister, KAGfreiland, Sentience Politics, TIR, Swissveg, ProNutztier, VIER PFOTEN, Zürcher Tierschutz, Slow Food CH, AAS, Association Laïka éthique élevage, Association HappyCultures, COA, LSCV, l'Observatoire du spécisme, STS, Stiftung für Tierschutz, Stop Gavage Suisse und Noix Gras GmbH) fordern, dass der Bundesrat – gestützt auf die Schlussfolgerungen des Berichts – zweckmässige Massnahmen ergreifen soll und nicht wie vorgesehen, Massnahmen von beschränkter Tragweite. Wenn die ergriffenen Massnahmen keine substantielle Wirkung entfalten, soll ein Einfuhrverbot von Stopfleber in Betracht gezogen werden.

24 Organisationen (GST, SKS, Animal Rights, Animae, AKUT, Association Co&xister, KAGfreiland, Sentience Politics, TIR, Swissveg, ProNutztier, VIER PFOTEN, Zürcher Tierschutz, Slow Food CH, AAS, Association Laïka éthique élevage, Association HappyCultures, COA, LSCV, l'Observatoire du spécisme, STS, Stiftung für Tierschutz, Stop Gavage Suisse und Noix Gras GmbH) lehnen folgende Massnahmen, die im erläuternden Bericht vorgeschlagen wurden, ab:

- Beschränkung der Einfuhr auf bestimmte Labels wie «Label Rouge» oder «Canard à Foie gras du Sud-Ouest», da diese Labels keine Tierschutzlabels darstellen, sondern lediglich die Produktqualität oder die geographische Herkunft hervorheben. Es existiere derzeit kein tierfreundliches Label.
- Zeitliche Beschränkung der Einfuhr (z.B. auf die Festtage), da eine solche Regelung lediglich dazu führen würde, dass Importe in den erlaubten Zeiträumen gebündelt und in grossem Umfang vorgenommen würden.

Der Kanton VD, der SGV wie auch 5 weitere Organisationen (VSGI, Hotellerie Suisse, SFF, Centre Patronal und GastroSuisse) vermissen den Einbezug von qualitativen Aspekten bei den potenziellen Importbeschränkungen, da nur diese das Tierwohl fördern können. Zudem fordern der SFF und GastroSuisse eine Ausnahme bei den potenziellen Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Labels.

Der Kanton GE und 22 Organisationen (Animal Rights, Animae, AKUT, Association Co&xister, KAGfreiland, Sentience Politics, TIR, Swissveg, ProNutztier, VIER PFOTEN, Zürcher Tierschutz, Slow Food CH, AAS, Association Laïka éthique élevage, Association HappyCultures, COA, LSCV, l'Observatoire du spécisme, STS, Stiftung für Tierschutz, Stop Gavage Suisse und Noix Gras GmbH) würden die Förderung von alternativen und tierfreundlichen «Leber-Produkten», die ohne Zwangsfütterung hergestellt werden, begrüssen.

Minderheit (Baumann, Alijaj, Brenzikofer, Brizzi, Christ, Marti Min Li, Müller-Altermatt, Piller Carrard, Prelicz-Huber, Rosenwasser, Stämpfli) – Ergänzung des Wortlauts «merklich» in Art. 14a Abs. 3 VE-TSchG

Für die Ergänzung des Wortlauts «merklich», wie von der Minderheit Baumann gefordert, haben sich die SP und Grüne, sowie 24 weitere Organisationen ausgesprochen (GST, SKS, Animal Rights, Animae, AKUT, Association Co&xister, KAGfreiland, Sentience Politics, TIR, Swissveg, ProNutztier, VIER PFOTEN, Zürcher Tierschutz, Slow Food CH, AAS, Association Laïka éthique élevage, Association HappyCultures, COA, LSCV, l'Observatoire du spécisme, STS, Stiftung für Tierschutz, Stop Gavage Suisse und Noix Gras GmbH). Der Begriff «merklich» sei zwar auslegungsbedürftig, es wird aber gleichwohl die angestrebte Reduktion in einer abstrakten Weise quantifiziert.

Art. 24 Abs. 1^{bis} VE-TSchG

Der Kanton GR weist darauf hin, dass die vorgeschlagenen Änderungen in Artikel 24 Absatz 1^{bis} VE-TSchG inhaltlich nicht zum bestehenden Artikel passen. Der Artikel sieht derzeit eine behördliche Pflicht zu unverzüglichem Einschreiten im Fall einer akuten Gefährdung des Tierwohls vor, die als Relakt durchgesetzt wird. Die neuen Massnahmen bei einem Verstoss gegen die Einfuhrbeschränkungen sollen hingegen in Form einer Verfügung durchgesetzt werden. Er lehnt die Änderungen deshalb ab.

Art. 32 Abs. 5 TSchG

Der Kanton GR befürchtet, dass die vorgesehene Überwachung durch den Bund, die Kontrollen an der Grenze sowie die Umsetzung durch die Kantone zu einem erhöhten administrativen Aufwand führen und zusätzliche Kosten verursachen werden. Der Kanton SH fordert, dass die Zuständigkeiten der Grenzkontrollen an den Grenzübergängen klar geregelt werden, da momentan nur die Zuständigkeiten des Bundes an den Flughäfen Zürich und Genf erwähnt sind. Die Kantone wären somit an den übrigen Grenzkontrollstellen zuständig. Diese Aufgabe sei aber durch den Bund wahrzunehmen.

Ziffer II

Art. 12a VE-LMG

2 Kantone (AI und SG), die Mitte wie auch Animal Rights und der Zürcher Tierschutz unterstützen, dass die heute bereits auf Verordnungsstufe geltende Deklarationspflicht für Stopfleber, Magret und Confit neu auf Gesetzesstufe festgeschrieben werden soll. 18 weitere Organisationen (Anima, AKUT, Association Co&xister, KAGfreiland, Sentience Politics, TIR, Swissveg, ProNutztier, VIER PFOTEN, Slow Food CH, Association HappyCultures, COA, LSCV, l'Observatoire du spécisme, STS, Stiftung für Tierschutz, Stop Gavage Suisse und Noix Gras GmbH) begrüßen die Verankerung auf Gesetzesstufe auch, fordern aber eine verschärfte Kennzeichnungspflicht mit Bildern vom Stopfvorgang.

Minderheit (Wandfluh, Freymond, Heimgartner, Huber, Hug, Riem, Rüeggsegger, Vontobel) – Ziffer II streichen

4 Kantone (GE, GR, TG und GL), 2 Parteien (FDP und SVP), die schweizerischen Dachorganisationen SBV und SGV, wie auch 6 weitere Organisationen (VSGI, Centre Patronal, Handel Schweiz, Swiss Retail Federation, SFF und GastroSuisse) unterstützen das Streichen von Ziffer II, da die Deklarationspflicht auf Verordnungsstufe ausreichend sei.

Liste der eingegangenen Stellungnahmen

1. Kantone

Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel
Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura
Chancellerie d'Etat du Canton du Valais
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg
Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern
Landeskanzlei des Kantons Basel-Land
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden
Staatskanzlei des Kantons Aargau
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
Staatskanzlei des Kantons Bern
Staatskanzlei des Kantons Glarus
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden
Staatskanzlei des Kantons Obwalden
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen
Staatskanzlei des Kantons Solothurn
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
Staatskanzlei des Kantons Thurgau
Staatskanzlei des Kantons Zürich
Standeskanzlei des Kantons Graubünden

2. Politische Parteien

Die Mitte Le Centre Il Centro
FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali Radicali
GRÜNE Schweiz Les VERT-E-S suisses I VERDI svizzera
Schweizerische Volkspartei SVP Union Démocratique du Centre UDC Unione Democratica di Centro UDC
Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP Parti socialiste suisse PS Partito socialista svizzero PS

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Schweiz. Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM)

4. Weitere Organisationen

Alliance Animale Suisse AAS (Initiativkomitee)
Animae
Animal Rights Switzerland
Arbeitskreis Kirche und Tiere AKUT
Association Co&xister
Association HappyCultures
Association Laïka éthique élevage
Centre Patronal
Coalition Animaliste COA
GastroSuisse
Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte GST
Handel Schweiz Commerce Suisse

Commercio Svizzera
Hotellerie Suisse
KAGfreiland
Kleinbauern-Vereinigung VKMB
L'Observatoire du spécisme
Ligue suisse contre l'expérimentation animale et pour les droits des animaux LSCV
Noix Gras GmbH
Schweizer Fleisch-Fachverband SFF Union Professionnelle Suisse de la Viande (UPSV) Unione Professionale Svizzera della Carne (UPSC)
Schweizer Tierschutz STS Protection Suisse des Animaux (PSA) Protezione Svizzera degli Animali (PSA)
Sentience Politics
Slow Food CH
Stiftung für das Tier im Recht TIR
Stiftung für Konsumentenschutz SKS
Stiftung für Tierschutz
Stop Gavage Suisse
Swiss Retail Federation
Swissveg
Verband Schweizerischer Geflügel- und Wildimporteure VSGL Association suisse des importateurs de volaille et de gibier (ASIV)
Verein Pro Nutztier
Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte VSKT Association suisse des vétérinaires cantonaux (ASVC)
Vier Pfoten – Stiftung für Tierschutz Quatre pattes
Zürcher Tierschutz